



Etschmangasse 6
39012 Meran

MARIENBERGER KLAUSURGESPRÄCHE

13 Thesen für einen solidarischen Gesellschaftsvertrag

1. Ohne ein Mindestmaß an Gleichheit ist auch das Ideal der Freiheit nicht aufrecht zu halten. Mit Sorge muss deshalb festgestellt werden, dass die historische Entwicklung, die zu weniger Ungleichheit führen sollte, zum Stillstand gekommen ist und dass die Kluft zwischen den mittleren und den oberen Einkommen größer geworden ist. Deshalb die Forderung nach einer neuen sozialpolitischen Kultur der Gerechtigkeit.
2. Nach den Exzessen eines deregulierten Marktes ist die junge europäische Tradition der Sozialen Marktwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln. Es braucht eine neue Ethik in der Wirtschaft, die als Maßstab zur Bewertung von Unternehmen dient. Der Sinn des Wirtschaftens liegt darin, die menschlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Die Finanzwirtschaft darf nicht vergessen, dass sie der Realwirtschaft zu dienen hat und nicht umgekehrt. Nachhaltigkeit ist als wichtiger Indikator zu fordern. Soziale und ökologische Maßstäbe müssen wieder eine größere Rolle spielen. Unternehmenskultur ist keineswegs ein weicher Faktor, sondern die Grundlage für erfolgreiches Handeln im Unternehmen. Die Sozialpartnerschaft ist neu zu fundieren.
3. Mit den Ressourcen des Planeten ist hauszuhalten. Immer mehr Wachstum beruht auf zunehmender Verschuldung und dient dazu, die Plünderung der Natur in großem Stil voranzutreiben. Deshalb sind Lenkungsabgaben auf die Primärenergie vorzusehen. Aus der Energieabgabe könnten die Renten mitfinanziert werden. Nur auf reines Wachstum, aber nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Subventionen sind abzubauen. Das Verursacherprinzip muss zur Grundlage von Bewertungen und Entscheidungen werden. Insgesamt ist das Wachstum der Weltbevölkerung eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit wird mit Nachdruck die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie Steuern auf Vermögen und größere Erbschaften gefordert. Auf jeden Fall braucht es größere Steuergerechtigkeit und ein ernsthafteres Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung. Die allgemeinen Steuern und die Sozialabgaben sind aber zu senken.

Maßnahmen für kürzere Arbeitszeiten sind einzuleiten. Künftige Produktionsfortschritte sollten zu mehr Freizeit führen und nicht zu mehr Konsum. Der Kapitalmarkt muss reguliert werden. Kapitalgewinne sollen besteuert werden, die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden.

4. Lokal und global ist für faire Zugangsrechte zu sauberem Trinkwasser zu kämpfen, weiter für den Erhalt der Saatvielfalt, für freie Software, für freien Austausch von Wissen und Ergebnissen der Forschung, sowie für vitale öffentliche Räume, kurz für die Wiedergewinnung der „Commons“, der Gemeingüter. Durch Nutzung und Verteidigung der Gemeingüter werden wir die Erfahrung machen, dass alle mehr erhalten, wenn wir kooperieren und teilen.

5. In Bezug auf die Migrationsfrage muss uns klar sein, dass es keine Integration ohne politische Teilhabe geben kann. Integration muss von der ganzen Gesellschaft geleistet werden. Sprachbeherrschung und Bildung sind unabdingbar. Der Zugang dazu muss gefördert werden.

6. „Mehr Software statt Hardware“ heißt mehr Bildung. Professionalität aller im Bildungsbereich Tätigen ist entscheidend für die Bildungsqualität. Das Selbstwertgefühl der Lehrenden stärkt Vertrauen in die eigene Arbeit. Das Recht auf Zugang zu allen Bildungsstufen, auf gleiche Bildungschancen und auf lebenslanges Lernen ist einzufordern und muss durch adäquate Bildungsangebote befriedigt werden. Deshalb sind Orientierung und Lern- und Berufsberatung mit entsprechender Dokumentation sowie horizontale und vertikale Durchlässigkeit so bedeutsam. Die Bildungspolitik der Zukunft muss sich vor allem darauf konzentrieren, den Anteil der Bildungsverlierer zu minimieren.

7. Die Grundsicherung ist die entscheidende Kennziffer eines neuen Gesellschaftsvertrags. Dabei sind Formen des bedingten bzw. unbedingten Grundeinkommens und der Sicherung von Lebenschancen neu zu denken. In der Alterssicherung ist nach wie vor ein existenzsicherndes staatliches Rentensystem einzufordern. Die Zusatzrente ist nur eine (wenn auch zur Zeit notwendige) Krücke zur Existenzsicherung. Die sogenannte Pflegesicherung ist subjektiv-rechtlich zu verankern.

8. Um zukunftsfähig zu bleiben muss die Sozialpolitik weiterentwickelt und zum Teil neu überdacht werden. Im Zentrum zukünftigen sozialpolitischen Handelns muss vermehrt der Grundsatz der Chancengerechtigkeit stehen. Es ist ein bedarfsgerechter Zugang zu den Chancen, der für Gerechtigkeit sorgt, nicht ein abstraktes Gleichheitsprinzip, das unbesehen für alle gilt. Also ist zu helfen, und mitunter auch ungleich intensiv zu unterstützen, wo es notwendig ist und effektiv Hilfe bietet. Es kommt mehr denn je darauf an, neben der existentiellen Lebenssicherung Leistungen und Anrechte zu gewähren, die neue Lebens- und Zukunftschancen eröffnen. Das gilt vor allem für die Bereiche Bildung, Verfügbarkeit von Zeit und Bewältigung von sozialen Risiken. Bildung, um sich neue Kompetenzen anzueignen und eigene Entwicklungsperspektiven zu eröffnen; Zeit, um Engpässen und Mehrfachanforderungen zu begegnen, und schließlich im Bereich der sozialen Risiken Hilfestellungen zur Bewältigung schwieriger sozialer und/oder beruflicher Veränderungsphasen. Das Modell des Lebenschancenkredites könnte hier als Türöffner zu neuen Entfaltungsmöglichkeiten und Lebensperspektiven wirken.

9. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist Grundvoraussetzung für ein gelingendes Familienleben. Die prekären Arbeitsverhältnisse sind einzuschränken, da sie keine längerfristige Familienplanung erlauben.

10. Der Idee des öffentlichen Dienstes als eines Feldes mit eigenem Ethos und spezifischen Aufgaben ist zu erneutem Ansehen zu verhelfen. Das Gesundheitswesen ist neben der enormen sozialpolitischen Bedeutung auch als wichtiger Wirtschaftsfaktor anzuerkennen. Die diesbezüglichen Kosten sollten bezogen auf die gesamte Wirtschaftsleistung und auf die Länder mit ähnlichen Standards bewertet werden. Es soll ein Gesundheitsplan vorgelegt werden.

11. Politik sollte mehr als Sparlisten produzieren. Notwendige Sparmaßnahmen können nicht das Ende politischen Gestaltens sein.

12. Gegen Politikmüdigkeit und Populismus ist die Teilhabe am öffentlichen Leben und an den politischen Entscheidungen zu fördern und die Eigenverantwortung zu stärken. Es braucht eine Bewegung, die sich nicht mehr einfach als fortschrittlich, sondern eher als ein "Miteinander-Vorwärtsgen" definiert. Selbstorganisation plus Zusammenspiel statt hierarchische Einzelaktion, d.h. Politik in Beziehungen denken.

13. Die neue sozialpolitische Kultur setzt auf eine aktive Bürgergesellschaft mit Mitverantwortlichkeit und Teilhabe der BürgerInnen am demokratischen Meinungsbildungsprozess des Staats- und Gemeinwesens. Allen zentralistischen und autoritären Tendenzen ist eine Absage zu erteilen. Deshalb ist der kommunale Politikbereich zu stärken. Durch Formen der direkten Demokratie sollten Defizite in der vorherrschenden Kultur des Landes behoben werden und eine neue Vertrauenskultur geschaffen werden. Konsensfindung gehört zur Schwerarbeit in der Demokratie. In einer partizipativen Gesellschaft sollten offene Formen der Diskussion selbstverständlich sein.

Meran/Marienberg, im Februar 2012

13 Thesen für einen solidarischen Gesellschaftsvertrag

Kuratorium Marienberger Klausurgespräche

Etschmannngasse 6

I-39012 Meran (BZ)

Tel. +39 0473 270433

Email info@marienberger-gespraeche.org

www.marienberger-gesprache.org